

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Jonas Pohlmann (CDU)

**Erzeugung von Solarstrom auf einer landwirtschaftlichen Fläche durch die Leibniz Universität Hannover**

Anfrage des Abgeordneten Jonas Pohlmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 02.12.2025

Die *Nordwest-Zeitung* berichtete am 13. November 2025, dass ein Apfelanbauer in Sarstedt-Ruthe auf einer 7,5 ha großen Fläche 22 000 Apfelbäume roden müsse, weil die Leibniz Universität Hannover den seit 2009 laufenden Pachtvertrag nicht verlängert habe. Als Begründung führe die Universität an, dass sie auf der Fläche eine Freiflächen-Photovoltaikanlage errichten wolle, die rund die Hälfte ihres Stromverbrauchs decken soll. Zum Standort wird der Landwirt mit den Worten zitiert: „Der Boden hier ist allererste Sahne.“

Im derzeit geltenden Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) heißt es: „Der Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie (Photovoltaik) soll landesweit weiter vorangetrieben und bis zum Jahr 2040 eine Leistung von 65 GW installiert werden. Dabei sollen vorrangig bereits versiegelte Flächen und Flächen auf, an oder in einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand sowie sonstigen baulichen Anlagen in Anspruch genommen werden.“ Mindestens 50 GW Photovoltaikanlagen sollen auf bebauten Flächen installiert werden; Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen in dafür geeigneten Gebieten raumverträglich umgesetzt werden.

Nach § 3a des Niedersächsischen Klimagesetzes (NKlimaG) soll die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen insbesondere erfolgen auf kohlenstoffreichen Böden, für die die Möglichkeit der Wiedervernässung besteht, auf Böden mit einer bodenkundlichen Feuchtestufe kleiner als 3 oder größer als 8, die keine besondere Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz aufweisen, auf altlastenverdächtigen Flächen sowie auf Ackerflächen mit einer mindestens hohen potenziellen Erosionsgefährdung durch Wasser. Ferner heißt es in § 3a NKlimaG: „Auf Böden mit einer Grünland- und Ackerzahl von 50 oder mehr (...) sollen Freiflächenanlagen mit Ausnahme von Agri-Photovoltaikanlagen wegen der besonderen Bedeutung dieser Böden für die Sicherung der landwirtschaftlichen Nahrungsproduktion nicht geplant werden.“

1. Handelt es sich bei der Leibniz Universität Hannover um eine staatliche Hochschule des Landes Niedersachsen?
2. Über wie viel Dachflächen verfügt die Leibniz Universität Hannover auf den von ihr genutzten Gebäuden (eine näherungsweise Angabe ist ausreichend)?
3. Sind die Dachflächen der Leibniz Universität Hannover auf ihre Eignung zur Installation von Photovoltaikanlagen geprüft worden? Falls ja, mit welchem Ergebnis? Falls nein, warum wird durch die Universität eine Freiflächen-Photovoltaikanlage geplant, ohne vorher die Eignung der Dachflächen für die Installation von Photovoltaikanlagen geprüft zu haben?
4. In welchem Umfang sind auf den Dachflächen der Leibniz Universität Hannover bereits Photovoltaikanlagen installiert worden?
5. Steht die o. g. Absicht der Leibniz Universität Hannover, in Sarstedt-Ruthe auf 7,5 ha Ackerland eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu errichten, im Einklang mit dem im LROP formulierten Ziel, 50 von 65 GW Photovoltaikanlagen auf bebauten Flächen zu errichten?
6. Handelt es sich bei der Fläche in Sarstedt-Ruthe um ein im Sinne des LROP geeignetes Gebiet (bitte mit Begründung)?
7. Erfolgt die Installation der geplanten Photovoltaikanlage in Sarstedt-Ruthe in einer im Sinne des LROP raumverträglichen Weise (bitte mit Begründung)?

8. Falls die Frage 5 oder 6 oder 7 mit „nein“ beantwortet wurde, plant die Landesregierung, bei der Leibniz Universität Hannover zu intervenieren, um eine LROP-konforme Planung sicherzustellen?
9. Handelt es sich bei der durch die Leibniz Universität Hannover geplanten Anlage um eine Agri-Photovoltaikanlage im Sinne des § 2 Abs. 5 Ziffer 4. NKlimaG?
10. Handelt es sich bei der für die Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage durch die Leibniz Universität Hannover vorgesehenen Fläche um einen kohlenstoffreichen Boden, für den die Möglichkeit der Wiedervernässung besteht?
11. Handelt es sich bei der für die Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage durch die Leibniz Universität Hannover vorgesehenen Fläche um einen Boden mit einer bodenkundlichen Feuchtestufe kleiner als 3 oder größer als 8?
12. Handelt es sich bei der für die Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage durch die Leibniz Universität Hannover vorgesehenen Fläche um eine altlastenverdächtige Fläche?
13. Handelt es sich bei der für die Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage durch die Leibniz Universität Hannover vorgesehenen Fläche um eine Ackerfläche mit einer mindestens hohen potenziellen Erosionsgefährdung durch Wasser?
14. Handelt es sich bei der für die Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage durch die Leibniz Universität Hannover vorgesehenen Fläche um einen Boden mit einer Grünland- oder Ackerzahl weniger als 50?
15. Falls die Frage 1 mit „ja“ und die Fragen 9 bis 14 mit „nein“ beantwortet wurden, warum lässt die Landesregierung zu, dass eine staatliche Hochschule des Landes Niedersachsen die in § 3a NKlimaG formulierten Soll-Vorschriften ignoriert? Plant die Landesregierung zu intervenieren, um eine mit den Vorschriften des NKlimaG kompatible Planung der Erzeugung erneuerbarer Energien sicherzustellen? Falls nein, warum nicht?